



Ja zur öffentlichen Krankenkasse, Nein zur Gastro-Initiative – die besten Argumente für den Endspurt.

Seiten 5 und 18

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

148 • CH September 2014 AZB 3001 Bern

Jonas Zürcher



Ich bin auch eine Romande

In immer mehr Kantonen laufen Bestrebungen, Französisch aus dem Unterricht zu kippen. Das hat jetzt auch die nationale Politik auf den Plan gerufen. Die Französischlehrerin Silvia Fröhlicher sagt im Interview, warum die Argumente der Gegnerschaft zu kurz greifen.

Seiten 2 bis 4

POSITIONEN

Schweizer Pass
Passeport suisse
Passaporto svizzero
Passaport svizzer
Swiss passport



Wer bekommt den Schweizer Pass? – Bei der Parlamentsdebatte um das neue **Bürgerrechtsgesetz** prallten in der Sommersession Welten aufeinander.

Seite 7

POSITIONEN

20	Me
27	Do
28	Fr
29	Sa
30	So
Di	Abstimmungs-sonntag

Vor der Abstimmung ist nach der Abstimmung: Am 30. November wird über Ecopop und die Pauschalbesteuerung abgestimmt – eine Vorschau.

Seiten 14 und 15

AKTIV



Zahlreiche Sektionen haben sich für das Projekt «Stark in der Agglo» beworben. Mit zwanzig bis dreissig von ihnen macht die SP Schweiz nun ein Coaching.

Seite 16



Silvia Fröhlicher unterrichtet seit 2011 auf der Primarstufe Französisch. Das A und O des Fremdsprachenunterrichts ist für sie die Offenheit gegenüber der Sprache. Interview: Andrea Bauer

«Die Kinder sind stolz, dass sie zwei Fremdsprachen lernen»

ZUR PERSON

Silvia Fröhlicher, 52, ist Primarlehrerin in Bellach, Kanton Solothurn. Nach ihrer Ausbildung unterrichtete sie mehrere Jahre, studierte dann Psychologie und machte eine Tanzausbildung. Die Zeit zwischen 30 und 40 widmete sie vor allem dem Muttersein. Vor 12 Jahren stieg sie wieder in den Beruf ein. Sie ist verheiratet, hat vier Söhne und ist zudem Co-Präsidentin der SP Bellach.

Du unterrichtest seit drei Jahren auf der Primarstufe Französisch – was ist dein Fazit?

Der Anfang war nicht einfach. Mit der Einführung des Französischunterrichts auf der Primarstufe fand ein Paradigmenwechsel statt. Mit «Mille feuilles» wurde nicht nur ein neues Lehrmittel eingeführt, sondern eine ganz neue Art des Fremdsprachenunterrichts. Für die Lehrpersonen bedeutete das, dass sie sich weiterbilden mussten – in methodisch-didaktischen Belangen, aber auch bezüglich ihrer eigenen Sprachkompetenz. Ich musste zwei

Jahre lang richtig büffeln, um mein Französisch aufzupolieren. Das neben Schule und Familie und notabene ohne Aussicht auf mehr Lohn. Gerade Lehrerinnen und Lehrer aus meiner Generation waren zum Teil nicht dazu bereit. Auch ich war anfangs skeptisch, habe dann aber gemerkt: Man muss einfach anfangen und hineinwachsen. Und man muss bereit sein, sich mit den Schülerinnen und Schülern weiterzuentwickeln.

Was ist heute im Französischunterricht anders?



Sprache unter Druck

Das Sprachenkonzept für die Volksschule soll der Mehrsprachigkeit der Schweiz Rechnung tragen. Es sieht vor, dass ab der Primarschule zwei Fremdsprachen erlernt werden, darunter eine Landessprache. Das finden nicht alle gut.

Immer mehr Deutschschweizer Kantone wollen eine Abkehr vom Französischunterricht auf Primarstufe: Erst kürzlich verabschiedete das Thurgauer Parlament eine Motion, die den obligatorischen Französischunterricht aus dem Lehrplan der Primarschule streichen will. Eine Initiative mit ähnlichem Inhalt wurde unter anderem im Kanton Schaffhausen lanciert und die Nidwaldner Regierung empfiehlt eine SVP-Initiative zur Annahme, die den Französischunterricht von der Primar- auf die Oberstufe verschieben will. Die Aufzählung liesse sich beliebig ergänzen, schon fast im Wochentakt gelangen gegenwärtig weitere Kantone mit ähnlichen Vorhaben an die Öffentlichkeit.

Klare Grundlagen

Dabei fusst die aktuelle Praxis – zwei Fremdsprachen auf Primarstufe, eine davon eine Landessprache – auf klaren und demokratisch legitimierten Grundlagen. 2004 verabschiedete die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) nämlich einen Beschluss zum Sprachenunterricht in der Volksschule: Alle Schülerinnen und Schüler sollen während der obligatorischen Schulzeit eine zweite Landessprache und Englisch lernen. Die erste Fremdsprache soll spätestens ab dem 3. Schuljahr gelernt werden, die zweite Fremdsprache spätestens ab dem 5. Schuljahr. In den beiden Fremdsprachen sollen bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit vergleichbare Kenntnisse erreicht werden. Dieser Entscheid der EDK war ein Kompromiss und setzte der Diskussion «Zweite Landessprache *oder* Englisch» mit der Lösung «Zweite Landessprache *und* Englisch» ein Ende. Die Reihenfolge, in der die Fremdsprachen eingeführt werden, wird regional koordiniert. So wird in der Zentral- und Ost-

schweiz heute mit Englisch begonnen, in der Nordwestschweiz und in den zweisprachigen Kantonen mit Französisch, in den französischsprachigen Kantonen mit Deutsch.

Nationales Sprachenkonzept

Zusammen mit dem HarmoS-Konkordat, der rechtlichen Basis für die Entwicklung und Anwendung nationaler Bildungsziele für die obligatorische Schule durch die EDK, bildet die Sprachenstrategie von 2004 die Grundlage für ein nationales Sprachenkonzept. Die Umsetzung dieses Konzepts läuft in den Kantonen nach je unterschiedlichen Fahrplänen und ist noch nicht abgeschlossen. Die Kantone mit einer gemeinsamen ersten Fremdsprache arbeiten bei der Entwicklung von Lehrmitteln und teilweise bei der Ausbildung der Lehrpersonen zusammen (siehe Kasten).

Thema im Parlament

Die zunehmenden Angriffe auf die geltende Praxis haben die nationale Politik aufgeschreckt. In der aktuellen Session hat die von SP-Nationalrat Matthias Aebischer präsidierte Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats ein Postulat zum Sprach Austausch in der obligatorischen Schulzeit eingereicht. Es beauftragt den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein Konzept für einen systematischen Sprach Austausch an der Volksschule und auf der Sekundarstufe II innerhalb der Schweiz auszuarbeiten und Wege für dessen Finanzierung aufzuzeigen. Überdies hat die Kommission entschieden, im nächsten Quartal über eine Kommissionsinitiative zu beraten, gemäss der die zweite Landessprache in der Primarschule für obligatorisch erklärt werden soll.

Andrea Bauer

Es geht darum, dass die Kinder primär reden und verstehen. Jedes Kind hat dafür verschiedene Hilfsmittel zur Verfügung: ein Arbeitsheft, eine Audio-CD zum Üben von Hörverstehen und Aussprache und eine CD-ROM, mit der es am Computer interaktive Spiele machen kann. So werden verschiedene Kompetenzen erarbeitet. Heute taucht man in die Sprache ein. Dazu gehört auch, dass die Kinder sich mit der Kultur der französischsprachigen Schweiz beschäftigen. Zudem haben wir ein Austauschprojekt mit einer Klasse aus Delémont. In meiner Generation hat man jahrelang nur Wörter und Satzstrukturen auswendig gelernt, vielleicht mal einen Text gelesen. Die Lehrmittel sind darum manchmal weiter als die Lehrpersonen in der Praxis, und das kann Verunsicherung mit sich bringen.

> Seite 4

DAS INTERKANTONALE PROJEKT PASSEPARTOUT

2008 trafen die Kantone Bern, Baselland, Basel-Stadt, Solothurn, Wallis und Freiburg mit «Passepartout» eine Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Vorverlegung und Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule. Seit 2011 lernen die Kinder in diesen Kantonen ab der 3. Klasse Französisch und ab der 5. Klasse Englisch. Mit der Kooperation einigten sich die Kantone auf eine Didaktik, eine bestimmte Anzahl Lektionen, einen Lehrplan, einheitliche Anforderungsprofile für Lehrpersonen, gemeinsame Französisch- und Englischlehrmittel und

ein Konzept für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziel von Passepartout ist, dass die Kinder am Ende der Schulzeit in Französisch und Englisch kommunizieren können. Mit der sogenannten Didaktik der Mehrsprachigkeit werden die Sprachen nicht mehr isoliert unterrichtet, sondern die Schülerinnen und Schüler lernen, die Parallelen zwischen den Sprachen zu erkennen und zu nutzen. Viel wichtiger als korrektes Schreiben sind zunächst Hören und Sprechen als Basis für gelungene Kommunikation.

Diejenigen, welche Französisch auf der Primarstufe abschaffen wollen, argumentieren, Kinder und Lehrpersonen seien mit zwei Fremdsprachen überfordert ...

Wenn die Lehrpersonen überfordert sind, sind es auch die Kinder ...

Das heisst?

Die Haltung der Lehrperson gegenüber dem Sprachenlernen ist zentral. Es soll niemand dazu gezwungen werden, Französisch zu unterrichten. Gleichzeitig muss man sehen: Als Klassenlehrerin, die auch Französisch unterrichtet, kann ich auch mal eine Zeichnungsstunde auf Französisch halten.

Wie sieht es bei den fremdsprachigen Kindern aus? Sind sie mit ihrer eigenen Muttersprache und Deutsch nicht schon genug gefordert?

In Bellach, wo ich unterrichte, gibt es sehr viele Kinder mit Migrationshintergrund. Gerade sie haben eine besondere Offenheit für Sprachen. Die Sprachlernstrategien, auf die das Lehrmittel «Mille feuilles» besonderen Wert legt, haben sie längst entwickelt, weil diese für sie überlebenswichtig sind. Deutschschweizer Kinder müssen die Strategien erst noch lernen.

Soll man im Französischunterricht auf Noten verzichten, um den Druck von den Schülerinnen und Schülern wegzunehmen?

Nein. Wir hatten im Kanton Solothurn die Noten bis zur dritten Klasse abgeschafft, mussten sie aber wieder einführen, weil die Mehrheit der Gesellschaft es so wollte. Offenbar werden Noten heute einfach immer noch besser verstanden. Ich bin der Meinung: Wenn die Mehrheit Noten will, machen wir sie, aber dann machen wir sie überall.

Was hältst du von der Idee, dass sich Kinder, die Mühe im Französisch haben, dispensieren lassen können, wie es Beat W. Zemp, der Präsident von Lehrerinnen und Lehrer Schweiz kürzlich in der NZZ angeregt hat?

Klar gibt es Kinder, die im Französischunterricht Mühe haben, aber es gibt auch Kinder, die im Deutsch oder in der Mathematik Mühe haben. Diese Kinder tragen wir mit, im Französisch wie im Deutsch oder in der Mathematik. Was würden sie denn tun, während ihre Kolleginnen und Kollegen Französischunterricht haben? Draussen sitzen, sich langweilen und mit ihren Handys spielen. Das kann es ja nicht sein, oder?

Solothurn ist an der Grenze zur französischsprachigen Schweiz. Sollen Kantone, die nicht an der Sprachgrenze sind, mit Englisch beginnen dürfen?

Wir erleben heute oft, dass Kinder aus Kantonen zuziehen, in denen mit Englisch begonnen wird. Mit ihnen müssen wir das Französisch jeweils individuell aufarbeiten. Es ist aber ein Luxus, dass wir das an unserer Schule können, und es ist nicht selbstverständlich. Darum bin ich für eine schweizweite Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts.

Momentan dreht sich die öffentliche Diskussion aber darum, dass Französisch auf die Sekundarstufe geschoben oder ganz aus dem Unterricht gekippt werden soll ...

Das fände ich gar nicht gut. In der Schule kann man nicht einmal in die eine Richtung fahren und einmal in die andere. Es braucht eine gewisse Kontinuität in der Schule, denn Qualität hat sehr viel mit Kontinuität zu tun. Ich bin überzeugt: Wir können zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe unterrichten. Die Kinder lernen die Sprachen parallel. Sie vergleichen sie, switchen hin und her und sind stolz, dass sie zwei Fremdsprachen lernen.



OIKO CREDIT

Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62



**WERBEAKQUISITION
VERLAGSBERATUNG**

AVAILABLE HERE
WWW.KILIANGASSER.CH



Wer umweltbewusst wohnen will wie ich, für den gibt's nur eins: den Hausverein Schweiz!

Claudia Friedl, SP-Nationalrätin

Die Alternative zum Hauseigentümergebiet.

Mitgliedschaft bis Ende Jahr gratis
Jetzt Beitreten!
www.hausverein.ch

Hausverein SCHWEIZ
Für umweltbewusste und faire EigentümerInnen
Tel. 031 311 50 55

JA ZUR ÖFFENTLICHEN KRANKENKASSE

Bis am 28. September gilt es noch möglichst viele Leute von einem Ja zur öffentlichen Krankenkasse zu überzeugen – hier sind die 10 besten Argumente:

1 Die Prämienexplosion ist Tatsache. Nur mit der öffentlichen Kasse können wir sie endlich stoppen und die Kosten in den Griff bekommen. Durch den Wegfall der Marketing- und Wechselkosten wird das Prämienwachstum bereits kurzfristig gebremst.

2 Die 61 Kassen veranstalten einen teuren und unnützen Pseudo-Wettbewerb. Weil mit der Grundversicherung alle dasselbe anbieten, läuft der Wettbewerb nur über die Risikoselektion: Pro Jahr verschleudern die privaten Kassen 225 Millionen Werbe-Franken, um einander Junge und Gesunde abzujagen.

3 Die Kassen missbrauchen unsere Prämien für ihre Abstimmungskampagne: Mindestens 5 Millionen Prämienfranken pumpen sie nach eigenen Angaben in Plakate und Inserate.

4 Heute hat keine Kasse ein Interesse, ihre Versicherten optimal zu betreuen, weil sie dadurch attraktiv würde für (teure) schwer und chronisch Kranke. Diese «schlechten Risiken» werden mit fiesem Schikanen, unfairen Tricks und teureren Prämien abgewimmelt.

5 Wir verdanken unsere gute medizinische Versorgung den Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten. Für sie müssen wir unsere Prämien einsetzen und nicht für die Verwaltungsapparate von 61 Krankenkassen.

6 Allein die Kassenwechsel kosten 100 Millionen Franken, und das jedes Jahr. Dabei sind der zeitraubende Papierkram, das mühsame Vergleichen und der Ärger über lästige Werbeanrufe der Krankenkassen noch nicht einmal eingerechnet.

7 Eine öffentliche Kasse kann ihre Versicherten nicht abschieben und hat deshalb einen Anreiz, in koordinierte Versorgungsprogramme sowie Prävention zu investieren. Mittel- und langfristig können so weitere zwei Milliarden pro Jahr gespart werden – das sind 10 Prozent der Gesamtkosten!

8 Manager und Verwaltungsräte der Kassen verdienen sich eine goldene Nase und fürchten um ihre Pfründe. Bürgerliche Politiker wurden darum vor der Abstimmung mit Krankenkassen-Jobs geködert.

9 Kinderprämien, Franchisen-Rabatte und die freie Arztwahl bleiben bestehen. Die öffentliche Kasse übernimmt nur die Grundversicherung, bei den Zusatzversicherungen ändert nichts.

10 Die öffentliche Krankenkasse ist ein bewährt-schweizerisches Modell. AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen.

NEIN ZUR GASTRO-INITIATIVE

Zu Hause essen darf nicht teurer werden

Die Zeche bei einer Annahme der Volksinitiative zahlen in erster Linie die Familien und alle Personen mit tiefem Einkommen, die meistens zu Hause essen. Durch die Initiative erhöhen sich die Preise von Lebensmitteln, alkoholfreien Getränken, Büchern, Zeitungen und Medikamenten.

Mehrwertsteuererhöhung um 50 Prozent

Wird die Gastro-Initiative angenommen, müssen Wirtinnen und Wirte weniger Mehrwertsteuer abliefern. Der Bundesrat hat bereits angekündigt, in diesem Fall den Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel anzuheben, die in Läden oder auf dem Markt verkauft werden. Um die Steuerausfälle zu kompensieren, muss dieser um über 50 Prozent erhöht werden.

Auswärts essen bleibt wohl gleich teuer

Ob auswärts essen bei einem Ja zur Volksinitiative wirklich günstiger würde, wie behauptet wird, ist fraglich. Denn die Wirte müssten die von ihnen geforderte Mehrwertsteuer-Reduktion von 8 auf 2,5 Prozent den Gästen nicht weitergeben.



STANDPUNKT



Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin

Blut am Smartphone

«Wer sich die Finger nie blutig gemacht hat, der wird auch nie weiter kommen.» Das ist kein Motivationsspruch von Hanspeter Latour für Jungunternehmer, sondern die Reaktion von Jean-Marc Hensch, Vertreter der schweizerischen IT-Industrie, auf die Frage von «10vor10», ob Blut an unseren Smartphones klebe. Mir blieb die Spucke weg!

Wir alle haben eins. Es führt uns sicher durch eine fremde Stadt, funktioniert als Lexikon, zeigt uns die kürzeste Verbindung von A nach B. Wir twittern und facebooken damit, mailen, smsen und ab und zu telefonieren wir sogar damit. Fakt ist aber auch: Bei der Herstellung läuft fast alles schief. Die benötigten Rohstoffe werden unter unmenschlichen Bedingungen unterirdisch abgebaut, meistens in Afrika. Vertreibung, kriegerische Konflikte und Umweltzerstörung sind häufige Folgen.

Vor einigen Jahren stürzten sich 13 Angestellte von Foxconn, einem Fertigungsbetrieb für elektronische Produkte (u.a. für Apple, HP, Sony etc.) in Shenzhen, vom Firmendach in den Tod. Nach dem Suizidkandal kamen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen an die Öffentlichkeit: 12-stündige Arbeitstage, 6-Tage-Woche, für weniger als den regionalen Mindestlohn von 80 Euro pro Monat, Sprech- und Pausenverbot, Diffamierung und Arbeitszwang auch bei Krankheit. Foxconn hat nach den Vorwürfen die Arbeitszeiten ein wenig reduziert und die Löhne minimal erhöht. Apple findet nun, die Kosten seien damit zu hoch geworden, und hat sich für einen billigeren und somit unmenschlicheren Hersteller entschieden. Was können wir alle tun?

- Das Gerät so lange wie möglich nutzen.
 - Wenn wirklich ein neues her muss, kann das alte zur Weiterverwendung verschenkt werden.
 - Bei Neuanschaffung ein Fairphone wählen oder mindestens auf soziale Kriterien achten und das Hightech-Rating* konsultieren.
- Die SP fordert verbindliche Vorgaben für öffentliche Beschaffer wie Bund, Kantone und Gemeinden. Sie sollen beim Kauf von elektronischen Geräten oder Arbeitskleidung ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen müssen – ein kleiner, aber wichtiger Schritt. Zynismus und flapsige Bemerkungen dagegen verbessern für keinen einzigen Menschen die Arbeitsbedingungen.

* www.hightech-rating.ch

Tönt gut, ist es aber nicht

Für einen starken Service public im ganzen Land brauchen wir einen Verfassungsartikel zur Grundversorgung. Die Initiative mit dem ansprechenden Titel «Pro Service public» kann jedoch nicht halten, was sie verspricht.

Durch massive Sparprogramme bei Bund, Kantonen und Gemeinden ist der Service public unter grossem Druck. Die Folgen der Sparprogramme sind Personalabbau, Privatisierungen und Auslagerungen von ganzen Bereichen, was die Grundversorgung der Bevölkerung verschlechtert und verteuert. Deshalb befürwortet die SP eine Stärkung des Service public in der Verfassung.

Die von Konsumentenschutz-Kreisen lancierte Initiative «Pro Service public» geht jedoch in die falsche Richtung. Sie verlangt, dass bundesnahe Unternehmen in der Grundversorgung nicht nach Gewinnen streben. Ausserdem will sie erreichen, dass Manager der bundesnahen Betriebe nicht mehr verdienen als Personen in der Bundesverwaltung. Auch die SP kämpft gegen den Serviceabbau der öffentlichen Unternehmen und überrissene Löhne in deren Chefetagen. Es lohnt sich darum, genau hinzuschauen, welche Auswirkungen die Initiative hätte.

Unternehmen würden langfristig geschwächt

Es tönt auf den ersten Blick verlockend, wenn uns versprochen wird, die Preise bei SBB, Post und Swisscom würden bei einer Annahme der Initiative sinken. In einer langfristigen Optik aber werden diese Unternehmen im Dienste des Service public damit nachhaltig geschwächt, weil sie ohne Gewinne keine Investitionen tätigen können. Es käme zu Leistungsabbau, mangelndem Unterhalt bei Angeboten und Netzen, Druck auf die Arbeitsbedingungen und Schwächung der ländlichen Regionen. Damit würden auch Privatisierungsforderungen wieder an Aktualität gewinnen. Aus diesem Grunde habe ich grösste Vorbehalte gegenüber der Idee dieser Initiative. Die Unternehmen, die den Service public erbringen, müssen die

realen Ärgernisse der Kundinnen und Kunden ernst nehmen. Nur so können sie ihren hohen Standards bezüglich Sicherheit, Qualität, Zuverlässigkeit und regionaler Erschliessung gerecht werden. Deshalb muss eine allfällige Verfassungsbestimmung zum Service public dessen Errungenschaften stärken und nicht die Unternehmen, die diese Leistungen erbringen, schwächen.

Die Beispiele Swisscom und SBB

Illustrieren lassen sich die negativen Auswirkungen der Initiative mit zwei Beispielen. Das erste betrifft die Swisscom: Seit dem Börsengang 1998 hat der Bund aus Ausschüttungen und Aktienverkäufen Einnahmen von rund 19 Milliarden Franken erzielt. Mit einem Gewinnverbot, wie es die Initiative fordert, wäre die Swisscom nicht mehr in der Lage, Dividenden an Aktionärinnen und Aktionäre auszuschütten. Basierend auf den Ausschüttungen für das Geschäftsjahr 2012 hätte das für den Bund, der mehr als 50 Prozent der Aktien besitzt, jährliche Mindereinnahmen von rund 650 Millionen Franken zur Folge. Das zweite Beispiel betrifft die SBB: Die Schweiz hat ein äusserst leistungsfähiges System des öffentlichen Verkehrs, auf das wir stolz sein können. Die SBB

braucht aber Gewinne, um Investitionen zu finanzieren, um ihren Beitrag zur Sanierung der Pensionskasse zu gewährleisten, um Innovationen für Kundinnen und Kunden zu entwickeln und um Schulden abzubauen. Bei der SBB wird kein Gewinn «abgeschöpft». Jeder Franken wird wieder ins System des öffentlichen Verkehrs investiert. Alternativen wären höhere Steuern, zusätzliche Tarifierhöhungen oder ein Leistungsabbau.

Die SP setzt sich für eine gute flächendeckende Grundversorgung ein. Wir machen Politik für alle statt für wenige und kämpfen für anständige Löhne und den Zugang zu einem qualitativ hochstehenden Service public mit erschwinglichen Preisen in allen Regionen. Das erreichen wir, wenn wir ähnlich wie bei den Sozialzielen auf Verfassungsstufe die wichtigsten Grundsätze für einen qualitativ guten Service public festlegen und die Initiative mit dem verhänglichen Titel «Pro Service public» ablehnen.



Edith Graf-Litscher
ist Nationalrätin TG

«PRO SERVICE PUBLIC»

Die Initiative «Pro Service public» will, dass der Bund bei der Grundversorgung nicht nach Gewinn strebt und die Löhne und Honorare der Mitarbeitenden von in der Grundversorgung tätigen Unternehmen nicht über diejenigen der Bundesverwaltung liegen. Die Initiative und der Verfassungsartikel zur Grundversorgung werden am 25. September im Ständerat behandelt. Danach kommt das Geschäft in die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats und wird vermutlich in der Wintersession im Nationalrat behandelt.



Die SBB braucht Gewinne, um Investitionen zu tätigen, ihren Beitrag zur Sanierung der Pensionskasse zu gewährleisten, Innovationen für Kundinnen und Kunden zu entwickeln und Schulden abzubauen.



Wie schweizerisch muss jemand sein, um den Schweizer Pass zu erhalten? (Szene aus «Die Schweizermacher» von 1978)

Wer erhält den roten Pass?

Das neue Bürgerrechtsgesetz wurde in der Sommersession nach langem Hin und Her genehmigt. Es verunmöglicht Tausenden von Menschen, die heute noch die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, ein Gesuch zu stellen.

Bei der parlamentarischen Debatte über das Bürgerrecht währte ich mich immer wieder in der Diskussion um die Ausschaffungsinitiative. So hart war zeitweise der Ton und so unvereinbar die Positionen. Das irritierte mich in hohem Masse. Es ging ja nicht um kriminelle Ausländer, nicht um Asylsuchende oder um zusätzliche Zuwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit. Wir sprachen einzig darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein sollen, damit jemand Schweizerin oder Schweizer werden darf und so das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht erhält. Wir sprachen über Menschen, die seit Jahren in der Schweiz leben, hier arbeiten, hier ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten. Es ging um Menschen, die unser Land als ihre Heimat gewählt haben und dies auch mit dem Erwerb des Schweizer Passes zeigen wollen.

Ein urschweizerischer Mechanismus

Die Einbürgerung ist seit Jahrhunderten ein traditionelles und bewährtes Instrument der Schweiz. Die Einbürgerung dient der Schweiz seit jeher als Mittel, um Zugewanderte vollends in unserer Mitte aufzunehmen. Die Einbürgerung ist ein urschweizerischer Mechanismus zur Stärkung unseres selbstbewussten Landes. Wir müssen ein grosses Interesse daran haben, auch weiterhin zugewanderte Menschen mit

vollen Rechten und Pflichten zu Schweizerinnen und Schweizern machen zu können. Doch die Debatte hörte sich gar nicht so an. Einmal mehr wurde viel über kriminelle Ausländer und unangepasste Jugendliche aus dem Balkan gesprochen, denen man die Einbürgerung auf keinen Fall leichter machen sollte. Zum Glück scheiterte die Absicht der Bürgerlichen, das bewährte Instrument der doppelten Anrechnung des Aufenthaltes zwischen dem zehnten und zwanzigsten Lebensjahr zu streichen.

Fremdenfeindliche Stimmung

Eine seriöse Diskussion um das Bürgerrecht wird durch die aktuellen fremdenfeindlichen Emotionen in weiten Teilen der Bevölkerung behindert. Die SP-Fraktion lehnte die Vorlage des Bundesrats schon beim Eintreten ab. Wir wollten die Schwelle zur Einbürgerung nicht erhöhen. Wir wollten nicht, dass nur noch diejenigen ein Einbürgerungsgesuch stellen können, die im Besitz einer Niederlassungsbewilligung C sind. Dies hätte zur Folge, dass Personen mit dem Status einer «vorläufigen Aufnahme» in keinem Kanton mehr direkt eingebürgert werden könnten. Im Gegenzug wollte der Bundesrat die vorgeschriebene Aufenthaltsdauer von 12 auf 8 Jahre verkürzen. Am Schluss setzte sich wegen der Referendumsdrohung der SVP eine Frist von 10 Jahren durch.

Welten, die aufeinanderprallen

Die Debatte im Parlament zeigte in aller Deutlichkeit, welche Welten hier aufeinander prallen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen grundlegend anderen Ansatz als die Mehrheit der bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Wir sind der Meinung, dass alle, die hier leben, Teil unserer Gesellschaft sind. Wir sprechen nicht primär über «Ausländer», sondern über Menschen, die hier arbeiten, Steuern zahlen und Tür an Tür mit uns leben. Diese Menschen sollen in einem gewissen Umfang mitreden und mitbestimmen können. Ein Weg zur Mitbestimmung wäre ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, ein anderer Weg führt über das Bürgerrecht. Wir möchten es den Menschen, die sich für die Schweiz als ihren Lebensmittelpunkt oder ihre Heimat entscheiden, möglichst einfach machen, das Bürgerrecht zu erhalten. Im Parlament sind wir damit gescheitert. Aufgeben werden wir trotzdem nicht.



Silvia Schenker
ist Nationalrätin BS

Im September 2014

Offener Brief an Bundesrätin Doris Leuthard zur Preiserhöhung der Post

Die Post hat den gesetzlichen Auftrag, die Zustellung von regionalen und lokalen Zeitungen und der Mitgliederpresse zu garantieren. Anfang Jahr hat die Post eine über drei Jahre etappierte Preiserhöhung für den Zeitungsversand eingeleitet, die die Existenz der Mitgliederpresse gefährdet. Denn für diese ist es bereits die zweite Preiserhöhung innert kurzer Zeit: 2013 stellte die Post auf ein einheitliches Preissystem um, welches den Versand der Mitgliederpresse um durchschnittlich 6 Prozent verteuerte. Die erneute Tarifierhöhung um jährlich 2 Rappen pro Exemplar bringt eine Kostensteigerung um bis zu 50%, die für viele Zeitungen nicht mehr tragbar ist. Es betrifft Zeitungen von Kirchen, von Parteien, Branchenverbänden, Sport- und Kulturorganisationen, von Hilfswerken, Berufsverbänden und Gewerkschaften. Die über 1000 Titel tragen wesentlich zur Medienvielfalt bei. Für grosse Teile der Bevölkerung sind sie eine wichtige Informationsquelle und unterstützen deren gesellschaftliche Integration. Die Preiserhöhung geschieht ohne Not, betrug doch der Reingewinn der Post im Geschäftsjahr 2013 626 Millionen Franken. Die Post bleibt unbestrittene Marktführerin und die Umsatzzahlen im postalischen Versand sind stabil. Die Post als staatseigener Betrieb untergräbt mit der Erhöhung der Zustelltarife die Forderung des Parlaments, eine vielfältige Medienlandschaft zu erhalten und zu fördern. Der Erhalt der Pressevielfalt muss höher gewichtet werden als das von der Post ins Feld geführte Defizit in der Zeitungszustellung, zu dem überdies jegliche Transparenz fehlt. Die Mitgliederpresse kritisiert die Preispolitik der Post aufs Schärfste und warnt davor, dass die Grundversorgung der Bevölkerung zwecks Gewinnoptimierung leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Das Parlament hat die indirekte Presseförderung erhöht, um das Überleben von kleinen regionalen Zeitungen und der Mitgliederpresse zu sichern. Stattdessen wird durch die Preiserhöhung deren Existenz in Frage gestellt. Wenn der Post nicht Einhalt geboten wird, werden viele Mitgliederzeitungen Ausgaben streichen oder ihr Erscheinen ganz einstellen.

Wir fragen die zuständige Bundesrätin Doris Leuthard:

Sind Sie sich bewusst, dass die Post mit ihrer Preispolitik einen demokratisch gefällten Entscheid unterläuft?

Findet dies Ihre Zustimmung und entspricht dies dem Willen des Bundesrats?

Anerkennen Sie die Bedeutung der Mitgliederpresse für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Medienvielfalt in der Schweiz?

Sind Sie gewillt, die Zustellung der Mitgliederpresse weiterhin zur Grundversorgung der Bevölkerung zu zählen?

Wie will der Bundesrat die Mitgliederpresse unterstützen und ihr Überleben garantieren?

Wir warnen dringlich davor, dass die Medien in der Schweiz noch mehr unter Druck geraten. Die Mitgliederpresse trägt viel zur demokratischen Debatte bei. Wir betrachten die Preispolitik der Post als einen Angriff auf die Meinungsvielfalt.

Die unterzeichnenden Organisationen verlangen deshalb

- dass die Post auf ihren Entscheid zurückkommt und auf die Preiserhöhung verzichtet
- dass der Bund als Eigner der Post zu Gunsten der von der Preiserhöhung betroffenen Zeitungen interveniert
- dass die Post volle Transparenz zu den Versandkosten gewährleistet
- dass die künftige Medienförderung den Erhalt der Mitgliederpresse sichert.

Die Unterzeichnenden/die Organisationen

Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Schweizerischer Gewerbeverband SGV, Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV, Unia, Verband des Personals Öffentlicher Dienste VPOD-SSP, syndicom, PVB-APC Personalverband des Bundes, KV Schweiz, LCH Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, SER – syndicat des enseignants romands, SBK-ASI Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, Öffentliches Personal Schweiz (ZV), garaNto – die Gewerkschaft des Zoll- und Grenzschutzpersonals, SP Schweiz, Grüne Schweiz: Regula Rytz, Co-Präsidentin, Schweizer Bischofskonferenz: Bischof Alain de Raemy, Medienverantwortlicher, Interessensgemeinschaft Mitgliederpresse (Hilfswerke, Umweltverbände). Zeitungen: Herausgeberverein Edito+Klartext, Area: Renzo Ambrosetti und Claudio Carrer, caporedattore, L'Événement syndical: Sylviane Herranz, rédactrice en chef, Work, IT-info



© UNHCR

TAGUNG DER SP AG ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK

Wichtig ist die Aufnahme von Flüchtlingen

Am 18. Oktober findet eine SP-Tagung für Aargauer Exekutiv- und Legislativmitglieder zum Thema Asyl statt. Der Bericht der Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein Susin Park anerkennt die Leistung der Schweiz für Flüchtlinge. Nötig wären aber vermehrte Anstrengungen.

Über 51 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dies hauptsächlich wegen dem Krieg in Syrien. 3 Millionen Menschen wurden durch ihn zu Flüchtlingen, 6,5 Millionen zu Vertriebenen im eigenen Land. Ein Ende dieser Tragödie ist nicht absehbar. Zahlreiche weitere Konflikte sind in den letzten Jahren dazu gekommen: in der Ukraine, in Zentralafrika, dem Sudan und dem Irak, dem jüngsten Schreckensbeispiel. Und viele «alte» Konflikte konnten noch immer nicht beigelegt werden.

Hinter all diesen anonymen Zahlen stehen Menschen, die unverschuldet alles verloren haben, ihr Zuhause, ihre Freunde und Verwandten, ihre Arbeit, ihre Heimat. Es sind aber auch Geschichten von Mut und Hoffnung: vom Mut, die Flucht in ein anderes Land zu wagen, in der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Würde.

Rund 90 Prozent der Flüchtlinge suchen in den Nachbarländern Schutz. Syrerinnen und Syrer zum Beispiel versuchen in erster Linie, bei ihren Nachbarn, in Jordanien, der Türkei und dem Libanon, unterzukommen. Allein der Libanon mit rund 4,4 Millionen Einwohnern hat bislang mehr als 1,2 Millionen SyrerInnen Zuflucht geboten. Auf die Schweiz hochgerechnet entspräche das mehr als 2 Millionen Menschen.

Der kleine Libanon und die ganze Region drohen unter dieser Last zu zerbrechen. Nach Europa sind dagegen bislang nur rund 125 000 SyrerInnen gekommen, weniger als 4 Prozent der Geflüchteten. Weltweit

reist nur ein kleinster Bruchteil der Flüchtlinge nach Europa, etwa um hier mit ihren Familien zusammen zu kommen. Mangels legaler Reisemöglichkeiten müssen sie sich Menschenhändlern anvertrauen und oft in kleinen, überfüllten Booten die lebensgefährliche Reise übers Meer wagen. UNHCR hat die Staaten wiederholt dazu aufgerufen, mehr legale und somit sichere Einreisewege zu schaffen, durch vereinfachte Visa-Bestimmungen und Familienzusammenführungen oder durch die Schaffung von mehr Resettlement-Plätzen* für sogenannte Kontingents-Flüchtlinge. Allein für syrische Flüchtlinge bräuchte UNHCR 2015/2016 mindestens 100 000 Aufnahmeplätze.

Die Schweiz zeigt Engagement mit substantiellen Beiträgen für die humanitäre Hilfe, mit Visaerleichterungen für 3700 syrische Staatsangehörige und 500 Resettlement-Plätzen für besonders verletzte Flüchtlinge innert drei Jahren. Auch andere Staaten leisten wichtige Beiträge. Deutschland will mehr als 25 000 Syrer aufnehmen und Liechtenstein mit weniger als 37 000 EinwohnerInnen hat jüngst 25 Resettlementplätze zur Verfügung gestellt.

Humanitäre Hilfe und die Unterstützung vor Ort sind unerlässlich und wichtig. Aber ebenso wichtig ist die Aufnahme von Flüchtlingen hier und jetzt. Der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge António Guterres sagte es unlängst so: «Es ist an der Zeit, dass Europa mit seiner Nächstenliebe zuhause beginnt.»

* Die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollen Flüchtlingsschutz gewährt und ihnen die Möglichkeit bietet, sich im Land zu integrieren.



Susin Park von Genf ist Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein.

EDITORIAL

Über 51 Millionen Menschen auf der Flucht!

Die Aufnahme der Flüchtenden ist enorm wichtig, Europa und die reiche Schweiz tun sich aber schwer damit. Insbesondere unser Kanton fällt auf mit negativer



Stimmungsmache und Festivitäten gegen Kriegsflüchtlinge. Was da in den letzten Monaten abging, hat eindeutig die Schmerzgrenze

überschritten. Mit einem Kanton, der mit Abgrenzung auf sich aufmerksam macht und in dem menschenunwürdiges Verhalten salonfähig geworden ist, kann sich die SP nicht identifizieren. Wir schweigen nicht mehr und haben zu einem Stopp des Fremdenhasses und der Ausgrenzung aufgerufen. Die Hetzjagd auf bestimmte Personengruppen ist nicht tolerierbar. Wir wehren uns gegen den Verlust jeglicher Empathie gegenüber den Nöten anderer Menschen und gegen die anhaltenden diffamierenden Äusserungen von Grossräten und weiteren Personen.

Das aber reicht nicht. Wir müssen miteinander ins Gespräch kommen. Am 18. Oktober haben unter anderem unsere Exekutiv- und Legislativmitglieder aus den Gemeinden und Städten die Gelegenheit dazu: mit den Regierungsmitgliedern Susanne Hochuli und Urs Hofmann, Patrizia Bertschi vom Netzwerk Asyl Aargau und Susin Park, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz.

Die SP setzt sich für einen offenen und gastfreundlichen Kanton Aargau ein, der als Teil eines sehr reichen Landes mit hohem Lebensstandard seinen Beitrag zu einer humanitären und solidarischen Schweiz leistet.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.



Livia Diem

Die Rote Bühne

Eigentlich war der «Rote Feierabend» eine tolle Möglichkeit, sich zu treffen und ausserhalb einer offiziellen Sitzung gemeinsam politisieren zu können. Weil der Aufwand gross und das Interesse relativ klein war, wurde dieses Format eingestellt. Dafür gibt es jetzt eine neue

Plattform: Die «Rote Bühne». Sie findet vor jeder zweiten Delegiertenversammlung (am jeweiligen Ort der DV) von 19 bis 19.45 Uhr statt. Hier können Themen unabhängig von Parolenfassungen und Abstimmungen diskutiert werden. Alle Mitglieder haben die Möglichkeit, sich auf der Roten Bühne zu präsentieren. Da sie nicht so gross wie die DV angelegt ist, bietet sie auch eine Chance, das Sprechen vor Publikum zu üben, Meinungen einzuholen oder einfach Themen, die einem unter den Nägeln brennen, zu diskutieren.

Auf der ersten Roten Bühne hat Evelyne Balsiger das Projekt einer neuen Basler Geschichte und deren Trägerverein vorgestellt. Sie hat erklärt, was es mit der Wanderboje auf sich hat, und diskutierte mit den Anwesenden die politischen Aspekte des Vorhabens. Die nächste

Rote Bühne findet am 28. Oktober im Volkshaus statt. Im Fokus werden die Menschenrechte stehen.

Ihr beschäftigt euch mit einem politischen Thema und niemand weiss es? Oder ihr möchtet gerne ein Thema aus eurer Sachgruppe oder dem QV herausragen und verhandeln? Dann meldet euch für die Rote Bühne! Ideen und Inputs für weitere Rote Bühnen sind sehr willkommen. Bühne frei!

PAROLEN SP BASEL-STADT

28. September 2014

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Grossratsbeschluss zur Stadtrandentwicklung Ost **JA**

Grossratsbeschluss zur Stadtrandentwicklung Süd **JA**

Gegenvorschlag zur Fusionsinitiative **JA**



Michela Seggiani

Vizepräsidentin SP Basel-Stadt

Menschenrechte im Brennpunkt

Anfangs Dezember kommen über 57 AussenministerInnen nach Basel, um an der OSZE-Ministeratskonferenz teilzunehmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) wird 2014 von der Schweiz präsidiert. Die Organisation möchte zur Stabilität, dem Frieden und der Demokratie in Europa beitragen. Eine der drei Dimensionen, auf denen die OSZE aufgebaut ist, ist die menschliche, zu der auch die Einhaltung der Menschenrechte gehört. Die Umsetzung der Menschenrechte ist ein Hauptziel des schweizerischen Präsidialjahres 2014. Wir möchten die Gelegenheit dieser internationalen Konferenz in Basel nutzen, um mit euch

über die Menschenrechte zu diskutieren. Wie können sie gewährleistet werden? Sind sie ein westliches Kulturprodukt oder universell? Sind militärische Einsätze oder friedenssichernde Massnahmen gerechtfertigt, um Menschenrechte umzusetzen? Sind es nicht oft geopolitische Ziele, die damit erreicht werden sollen?

Für Inputreferate konnten wir Fabian Molina und Anita Fetz ge-

winnen. Nach ihren Inputs werden wir im Rahmen der Roten Bühne die Menschenrechte und die damit zusammenhängende umstrittene «Friedenssicherung» im Plenum diskutieren. Unter anderem wird die Thematik der Auslandseinsätze der Schweizer Armee eine Rolle spielen. Über eine Verlängerung der Schweizer Teilnahme an der internationalen friedensfördernden Mission Ko-

sovo force (KFOR) wird das Bundesparlament noch dieses Jahr entscheiden.

Ich freue mich, mit euch dieses kontroverse Thema auf der Roten Bühne zu diskutieren.

Rote Bühne zum Thema Menschenrechte mit Fabian Molina (Präsident JUSO Schweiz) und Anita Fetz (Ständerätin SP BS) am Dienstag, 28. Oktober, um 19 Uhr im Volkshaus

MEHR INFOS

OSZE und Schweizer Vorsitz: www.eda.admin.ch/osze

Ziviles Begleitprogramm von Swisspeace: www.swisspeace.ch/projects/osce-chairmanship.html

Menschenrechte: www.amnesty.ch/de/themen/menschenrechte

Sarah Wyss
Grossrätin SP Basel-Stadt



«Die Pflege von Angehörigen darf nicht zum Armutsrisiko werden»

Die SP Frauen Kanton Bern hat an ihrer diesjährigen Hauptversammlung das «Manifest für ein gutes Leben im Alter» verabschiedet. Links.be hat mit Elisabeth Striffeler, Mitglied der Arbeitsgruppe demografische Entwicklung, darüber gesprochen, was gutes Leben im Alter bedeutet und welche Folgerungen die Politik daraus ziehen muss.

Was heisst für dich «gutes Leben im Alter»?

Das Triple A für ein gelingendes Alter sind Aktivität, Autonomie und Anerkennung. Den letzten Aspekt finde ich besonders wichtig: Gebraucht werden, einen Lebenssinn haben und am Leben teilhaben können. Ich bin überzeugt, dass die dritte Lebensphase zu den schönsten gehört, wenn nicht sogar die schönste ist: Endlich können wir ohne Druck eines Arbeitgebers oder Rücksichtnahme auf Kinder tun, was wir wollen. Wir erhalten die Chance, neue Fähigkeiten zu entdecken und die Zeit so zu nutzen, wie es für uns richtig und angenehm ist.

Weshalb hat die SP Frauen Kanton Bern hierzu ein Manifest verfasst?

Bis 2030 werden die so genannten Babyboomer, die zwischen 1943 und 1959 geboren sind, alt. Die Menschen dieser Generation haben weniger Kinder. Die Zahl der alleinstehenden alten Menschen nimmt zu. Diese Menschen werden nicht nur alt, sie werden vielfach auch krank und hilfsbedürftig. Die grössere Herausforderung liegt aber darin, dass in den nächsten Jahren mehr Pflegefachpersonen in Pension gehen als ausgebildet werden. Nach heutigem Stand werden bis 2030 in der Pflege 190 000 Stellen nicht besetzt werden können.

Wer soll mit dem Manifest in die Verantwortung genommen werden?

Die Politik ist gefordert, indem sie die ambulante Pflege und Betreuung nicht weiter schwächt, sondern ausbaut! Die Kürzung von Spitexleistungen, wie sie der Grosse Rat vor einem Jahr beschlossen hat, ist nicht nur kurzfristig, sondern auch kontraproduktiv. Wichtig ist auch die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Freiwillige können die Arbeit von qualifizierten Fachpersonen nicht ersetzen. Im Weiteren darf die Pflege von Angehörigen nicht zum Armutsrisiko werden. Wir brauchen in der Schweiz unbedingt eine Pflegeversicherung, ähnlich wie in Deutschland. Hier braucht es eine nationale Lösung.

Gehen diese Forderungen nicht zu Lasten der freiwilligen Care-Arbeit?



Elisabeth Striffeler ist Grossrätin und Vizefraktionspräsidentin der SP. Die Fachfrau für Intensivpflege verfügt über einen MAS in Gerontologie.

«Die ambulante Pflege muss ausgebaut werden.»

ELISABETH STRIFFELER

Die freiwillige Unterstützungsarbeit wird weiterhin eine wichtige Säule unseres Sozial- und Gesundheitswesens sein. Das muss so bleiben. Ohne Freiwilligenarbeit kann dieses System

nicht aufrechterhalten werden. Es darf aber nicht sein, dass die freiwillige Arbeit zur Armutsfalle wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Frauen ihre Erwerbsarbeit aufgeben müssen, um ihre Eltern zu betreuen.

Welche weiteren konkreten Schritte braucht es für ein gutes Leben im Alter?

Die Gesellschaft ist gefordert, der Ausgrenzung alter Menschen vorzubeugen. Ältere Mitarbeitende dürfen nicht diskriminiert werden, sondern müssen entsprechend ihren Möglichkeiten und Stärken arbeiten können. Die Familie ist gefordert, indem sie ihre betreuungsbedürftigen Mitglieder weiterhin unterstützt. Die Pflege und Betreuung von Angehörigen darf nicht nur Aufgabe der Frauen und Töchter sein. Und schliesslich braucht es auch die Wertschätzung und Anerkennung für die Angehörigenbetreuung von Seiten der Arbeitgeber und der Gesellschaft.

Interview: Barbara Nyffeler



Kairat Barimkulov

10 Jahre SAH-Infozentrum Luzern

Das SAH Zentralschweiz bietet Stellensuchenden unkompliziert Hilfe im Bewerbungsprozess.

Im Infozentrum Luzern, im ersten Stock an der Bundesstrasse 9, gehen Tag für Tag etwa 80 Stellensuchende ein und aus. Im laufenden Jahr sind schon 6700 Beratungsgespräche geführt worden. Simon Eigensatz, Fachverantwortlicher des Infozentrums, nennt weitere beeindruckende Zahlen: Bis zu 1000 Personen melden sich jährlich neu im Infozentrum an. «Zwei Drittel dieser Menschen besitzen keinen Schweizer Pass, Frauen und Männer aus knapp 70 Nationen gehen im Infozentrum Luzern ein und aus», entnimmt er der Statistik. All diese Menschen haben etwas gemeinsam: ihre schlechten Chancen auf dem aktuellen Arbeitsmarkt. Sie sprechen oft kaum oder schlecht Deutsch und sind niedrig qualifiziert. Viele haben wenig Arbeitserfahrung in der Schweiz. IT-Anwendungen überfordern die meisten von ihnen – sie haben nie gelernt, einen Computer zu bedienen.

Unbürokratische Unterstützung

«Zu uns kommen Personen, die erwerbslos – oft langzeitarbeitslos – sind und im Kanton

Luzern leben. Etwa ein Fünftel von ihnen hat Anspruch auf Leistungen der Sozialhilfe, die restlichen sind bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) angemeldet», weiss Monika Staubli, die das Infozentrum leitet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Infozentrums unterstützen diese Menschen unbürokratisch und ohne moralische Beleh-

Die Angebote des SAH Zentralschweiz zielen darauf ab, Menschen (wieder) in den Arbeitsprozess zu integrieren.

rungen, wie Simon Eigensatz sagt. Das fängt schon bei der Anmeldung an: eine Voranmeldspflicht gibt es nicht. Einzige Einschränkung: Jede und jeder hat Anspruch auf eine Beratung pro Woche.

«Wir erwarten, dass die Personen uns Stelleninserate oder Firmenadressen bringen – uns fehlt schlicht die Zeit, mit ihnen zusammen nach passenden Stellen zu suchen», erzählt Simon Eigensatz. «Wir fokussieren uns darauf, Lebensläufe und Bewerbungsbriefe für sie zu

schreiben.» Im Infozentrum liegen Zeitungen mit Stelleninseraten auf, Ordner mit Adressen von Arbeitgebern, es gibt PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang und eine Stellensuchmaschine mit vereinfachtem Zugriff auf alle offenen Stellen, die dem RAV gemeldet wurden.

Vermittlerin nach zwei Seiten

Die Angebote des SAH Zentralschweiz zielen darauf ab, Menschen (wieder) in den Arbeitsprozess zu integrieren. «Dies gelingt, wenn es offene Stellen gibt und Arbeitskräfte, die die dafür benötigten Fähigkeiten und Fertigkeiten mitbringen. Das Infozentrum ist hier Vermittlerin: Auf der einen Seite machen wir offene Stellen für die Suchenden und auf der andern Seite passende Stellensuchende für die Arbeitgebenden sichtbar», erklärt Simon Eigensatz die Rolle des Infozentrums sehr vereinfacht.

Weitere Informationen:

www.sah-zentralschweiz.ch

PC-Konto 60-480662-7

Elisabeth Gebistorf Käch

Leiterin Kommunikation SAH Zentralschweiz

Sparhysterie stoppen

In zwanzig Kantonen und unzähligen Gemeinden stehen dieses Jahr happige Sparprogramme an. Diesen systematischen Angriff auf unser Gemeinwesen und die Steuergerechtigkeit gilt es zu stoppen. Mit dem Ziel Alternativen aufzuzeigen, führt die JUSO diesen Kampf vor Ort und über die Plattform spar-alarm.ch.

Unter den Titeln «gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft» oder «Standortwettbewerb» haben die neoliberalen Mehrheiten auf nationaler, kantonaler und auch kommunaler Ebene in den letzten Jahren die Steuern für Superreiche und Unternehmen gesenkt. Dieses Geld fehlt nun in den Bereichen, die für eine gerechte und solidarische Gesellschaft unabdingbar sind. Bei der Bildung, im Sozial- und Gesundheitswesen oder bei den Prämienverbilligungen wurden Millionen weggekürzt. Gleichzeitig werden massive Steuergeschenke an die Reichen ausgerichtet. In St. Gallen etwa, einem der am schlimmsten von der Sparpolitik betroffenen Kantone, wurden die Steuern für Unternehmen von 2003 bis 2011 um fast sechs Prozent gesenkt. Auch die anderen Kantone, mit Ausnahme von Neuenburg, haben seit 2000 ihre Steuern zum Teil massiv gesenkt. Diese verfehlte Steuerpolitik führt nicht nur zu Mindereinnahmen, sondern zugleich zu einer Umverteilung von unten nach oben: Die Ungleichheit wächst weiter an, die Vermögens- und die Einkommensschere öffnen sich immer weiter. Mit der Begründung, es gebe keine Alternative zum Sparen, führt die Rechte ihre Abbaupolitik ungehindert fort. Die neueste Erklärung: Der nationale Finanzausgleich entziehe den Geberkantonen derart viel Geld, dass anderswo kompensiert werden müsse. Eine abenteuerliche Behauptung, die sich mit Fakten kaum untermauern lässt. Das für den Finanzausgleich massgebliche Steuerpotenzial wird nämlich keineswegs ausgeschöpft, wie ein Blick nach Zug oder Schwyz zeigt.

Linke Alternativen

Dabei gibt es linke Alternativen zur neoliberalen Sparwut. Der erste finanzpolitische Lehrsatz lautet: «Wer bei gleichen Leistungen weniger Steuern zahlen will, sollte dafür sorgen, dass endlich auch die oberen Zehntausend angemessen zur Kasse gebeten werden.» Die Steuergeschenke, die sie in den vergangenen Jahren erhalten haben, müssen heute alle anderen auf dreierlei Art kompensieren – über Erhöhungen des Steuerfusses, über wachsende Gebühren und über Leistungsabbau.

Es gibt aber auch einen zweiten ökonomischen Lehrsatz: «Trotz Steuerwettbewerb und geringeren Einnahmen verfügen die Kantone noch über beträchtliche Vermögen.» 2011 standen rund 285 Milliarden an Schulden einem Vermögen von 324 Milliarden Franken ge-

genüber. Sämtliche Kantone erfüllen damit die international gültigen Maastricht-Kriterien. Auch ist die Bruttostaatsschuld der Schweiz seit der Jahrtausendwende gesunken. Mit anderen Worten: Die aktuelle Sparhysterie widerspricht den finanzpolitischen Fakten.



Gegen bürgerliche Misswirtschaft

Dagegen führt die JUSO den Kampf dieses Jahr auf allen Ebenen – mit kreativen Protestaktionen, Mobilisierung und politischen Vorstössen. Die Plattform «spar-alarm.ch» gibt einen Überblick über die Aktivitäten und klärt über die Situation in allen Kantonen auf. Zudem wird in einem Online-Voting jeden Monat der «Prix d'Austerité» verliehen. Als Zeichen des Widerstands gegen diese bürgerliche Misswirtschaft zeichnet dieser Schmähpriest die dümmsten Sparideen aus. Denn für uns ist klar: Was SP und Gewerkschaften über die Jahrzehnte aufgebaut haben, ein solidarisch finanziertes Gemeinwesen für alle, ist heute durch die herrschende Finanzpolitik bedroht.



Fabian Molina
ist Präsident der JUSO Schweiz

KNALLROT



Yvonne Feri
Nationalrätin AG und Präsidentin
der SP Frauen Schweiz

«Sex ist Trumpf bei SRF*»

Ein legitimer Skandal oder ein Spiegel eines heuchlerischen Blickes der Gesellschaft auf Sexarbeit?

Das Schweizer Fernsehen hat entschieden, zum Jubiläums-«Samschtig-Jass» eine Puffmutter als TV-Jasserin einzuladen. Für viele ein Skandal – abgesehen von Monika Fasnacht, die es spannend findet zu zeigen, wo überall gejasst wird, empören sich fast alle. SVP-Nationalrat Maximilian Reimann findet es «völlig verwerflich und widerlich». Seine Kollegin Natalie Rickli sieht darin einen Grund mehr, den Begriff Service public neu zu definieren und das Gebührensystem zu ändern. Aber jeden Tag sieht man Bilder vom Krieg, Mord und Totschlag. Warum also solche Reaktionen, wenn es um Prostitution respektive Sexarbeit geht? Ich persönlich sehe nicht, was am Gewerbe Sexarbeit moralisch entwürdigender sein soll als an anderen Dienstleistungsberufen. Der heuchlerische Blick einer Gesellschaft, welche diese Tätigkeit verachtet und sie gleichzeitig nützt und ausnützt – in allen Formen – ist meines Erachtens problematischer. Und vor allem problematisch sind die Bedingungen dieser Ausnutzung, die das Resultat dieser moralischen Verteufelung sind.

Es ist ein Widerspruch, wegen der moralischen Verwerflichkeit von Prostitution den Sexarbeiterinnen gewisse Sozialrechte zu verweigern, obwohl diese ein gesetzlich besteuertes und anerkanntes Gewerbe ausüben. Um aus diesem Widerspruch herauszukommen, muss man von der Heuchelei wegkommen, die darin besteht, einerseits die Prostitution und vor allem die Sexarbeiterinnen aus moralischen Gründen zu verurteilen, und andererseits die Ausübung ihres Berufes unter schweren und manchmal gefährlichen Bedingungen zu tolerieren. Wir müssen dieses Gewerbe wie ein anderes betrachten, und unser Augenmerk auf das Wohlbefinden der Personen, die es ausüben, legen.

Das Schweizer Fernsehen hat vielleicht nicht die klügste Auswahl getroffen, aber wie sagt die Moderatorin: «Jassen bringt Menschen zusammen.» Und das wollen wir auch!

P.S.: Ich spreche natürlich nur über frei gewählte Sexarbeit, und nicht über Menschenhandel.

* «blick.ch», 12.09.14



Würden alle Länder so viele Ressourcen konsumieren wie die Schweiz, bräuchte es fast drei Planeten, um die Bedürfnisse der Menschheit abzudecken.

Ecopop verdient eine Absage

Die Ecopop-Initiative lenkt von den echten Umweltproblemen ab, führt die Schweiz noch mehr in die Isolation und widerspricht den Bestrebungen der heutigen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Initiative, über die am 30. November abgestimmt wird, versteckt sich hinter einem grünen Titel. Er lautet «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen». Es handelt sich aber schon wieder um eine Initiative, die fremdenfeindliche Stimmungen erzeugt. Und ebenso schlimm: Durch Symptombekämpfung lenkt sie von den echten Umweltproblemen und von einer seriösen Wachstumskritik ab. Konkret will die Initiative unsere «natürlichen Lebensgrundlagen» mit zwei Massnahmen schützen:

- Die Nettozuwanderung soll auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung pro Jahr beschränkt werden.

- 10 Prozent der Schweizer Entwicklungshilfe sollen für die verbesserte Aufklärung und den Zugang zu Verhütungsmitteln in der Dritten Welt eingesetzt werden.

Beide Massnahmen werden nicht funktionieren.

Ecopop verstärkt Isolation der Schweiz

Ecopop verwechselt Ursachen und Wirkung. Wer die Grenzen schliesst, schützt die Umwelt in der Schweiz nicht. Wir reduzieren die Umweltbelastung nur durch einen schonenden, nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Würden nämlich alle Länder so viele Ressourcen konsumieren wie die Schweiz,

bräuchte es fast drei Planeten, um die Bedürfnisse der Menschheit abzudecken. Dies ist unhaltbar. Gefragt ist eine konsequent natur- und umweltverträgliche Wirtschafts-, Steuer-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungspolitik, wie sie die SP seit Jahren fordert. Hier besteht Handlungsbedarf. Die Initiative verlangt hingegen nebst der fixen Obergrenze für die Zuwanderung auch die Anpassung respektive Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Damit nimmt Ecopop in Kauf, dass die Isolation der Schweiz verstärkt und zudem auch noch in der Verfassung zementiert wird. Die Bemühungen des Bundesrates, mit der EU nach dem 9. Februar 2014 wieder ins Gespräch zu kommen würden obsolet, das Verhältnis zur EU völlig gestört. Eine Insellösung ist weder ökologisch noch politisch vertretbar.

Ungerecht und falsch

Auch die geplante Umleitung von Entwicklungshilfegeldern wird nicht funktionieren. Allein die Abgabe von Verhütungsmitteln verringert das Bevölkerungswachstum nicht. Wir wissen inzwischen: Die Geburtenraten sinken dann, wenn Frauen besser ausgebildet sind und bessere Lebensbedingungen haben. Das war auch in der Schweiz nicht anders. Die Geburtenrate ist in den letzten 150 Jahren stetig zurückgegangen. Die Zahl der Kinder ist gleich-

zeitig mit der Zunahme des Wohlstandes gesunken. Die Ziele von Ecopop greifen zu kurz und widersprechen klar den Bestrebungen der heutigen Entwicklungszusammenarbeit, die von den Bedürfnissen der Benachteiligten und nicht von unseren eigenen ausgeht wie zur Zeit der Missionare und Kolonialisten. Eine wirksame Familienplanung investiert in die Stärkung der Stellung der Frau und nicht einseitig in die Abgabe von Verhütungsmitteln. Zudem blendet die Initiative die soziale Gerechtigkeit völlig aus. Heute verbrauchen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung 30 Prozent des fossilen Kohlenstoffs. Die ärmsten 30 Prozent verbrauchen weniger als 10 Prozent. Die Initiative schiebt somit die Verantwortung für die Umweltbelastung auf die ärmsten Menschen ab. Das ist ungerecht und falsch!

Die Ecopop-Initiative ist ein untauglicher Versuch, die Umwelt auf Kosten der Ärmsten zu schützen. Und sie führt uns noch tiefer in die isolationistische Sackgasse. Sie verdient eine klare Absage.



Silva Semadeni
ist Nationalrätin GR

Mit gutem Beispiel voran

Am 30. November können sich die Schweizer Stimmberechtigten zur Frage äussern, ob die Pauschalbesteuerung abgeschafft werden soll. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat diese Frage 2012 mit Ja beantwortet.

Der 11. März 2012 war für die SP Appenzell Ausserrhoden ein sehr erfolgreicher Tag: Die Stimmbewohner nahen mit 9169 Ja- gegenüber 5829 Nein-Stimmen eine Initiative der SP an und beschloss damit die Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton. Der Gegenvorschlag wurde ebenfalls angenommen, die Stichfrage entschied jedoch für die Initiative.

Bürgerlicher Support für 22 Reiche

Dem Abstimmungssieg ging ein engagierter Abstimmungskampf voraus. Zum ersten Mal überhaupt lancierte die SP-Kantonalpartei eine APG-Plakatkampagne und versandte eine eigene Abstimmungszeitung an alle Haushalte. Bereits bei den zwei Lesungen zur Initiative im

Simon Roth verstärkt seit Anfang September für drei Monate die Kampagnenabteilung der SP Schweiz. Dort ist er für die SP-Kampagne



zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung zuständig. Daneben ist er Mitglied im städtischen Parlament von Luzern und arbeitet, teils angestellt, teils freischaffend, als Archivar. In seiner Freizeit kocht er gerne für grosse Tischrunden, sei es im JUSO-Sommerlager oder seit diesem Jahr auch an der Sommeruni der SP.

Kantonsrat spürte die SP-Fraktion den starken Gegenwind der bürgerlichen Parteien sowie der stimmkräftigen Gruppierung der Parteiunabhängigen. Erwähnenswert ist, dass es in Appenzell Ausserrhoden lediglich 22 Personen gab, die 2012 noch nach Aufwand besteuert wurden. Die Regierung stellte unserer Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber, der verlangte, dass als Berechnungsgrundlage bei der Pauschalbesteuerung Lebenshaltungskosten von mindestens 600 000 Franken gelten müssen, und folgte so der Strategie der meisten Kantone, in denen gleiche Initiativen gescheitert waren. Die SP trat auch gegen den Gegenvorschlag selbstbewusst an und argumentierte mit der Bundesverfassung, welche eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit vorsieht.

Debatte um den Slogan

Bei der Vorbereitung unserer Abstimmungskampagne führten wir eine vertiefte Debatte darüber, ob das Wort «Ausländer» für eine Abstimmungskampagne der SP opportun ist. Lautete doch der vorgesehene Slogan unserer Kampagne «Keine Sonderrechte für reiche Ausländer». Wir kamen zum Schluss, dass dem so war, weil es rein den Fakten entsprach. Schweizerinnen und Schweizer können bekanntlich nicht nach Aufwand besteuert werden und daher kam die Pauschalsteuer tatsächlich nur bei

Ausländerinnen und Ausländern mit einem hohen Vermögen beziehungsweise Einkommen zur Anwendung.

Abstimmung zeigt Doppelmoral auf

Anderthalb Jahre nach Abschaffung der Pauschalbesteuerung in Appenzell Ausserrhoden wissen wir vom Wegzug einer einzigen ehemals pauschal besteuerten Person. Die Mehrheit blieb in Appenzell Ausserrhoden wohnhaft. In wenigen Jahren werden wir die Folgen unserer Initiative bei der Kantonsverwaltung detailliert klären lassen. Eines ist aber schon jetzt klar: Die Abstimmung zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung wird die Doppelmoral jener Parteien und Bevölkerungsgruppen aufzeigen, welche am vergangenen 9. Februar Ja zur sogenannten Masseneinwanderungs-Initiative gestimmt haben. Anscheinend sind reiche Ausländer willkommener als Asylbewerber – dass damit eine Klassifizierung in erwünschte und unerwünschte Ausländer stattfindet, scheint aus Sicht der SVP und ihrer Anhänger legitim zu sein.



Yves-Noël Balmer

ist Präsident der SP Appenzell Ausserrhoden und Kantonsrat



Anderthalb Jahre nach Abschaffung der Pauschalbesteuerung ist der Wegzug einer einzigen ehemals pauschal besteuerten Person bekannt.

Seit das Projekt «Stark in der Agglo» in der Juni-Ausgabe vorgestellt wurde, haben sich zahlreiche Sektionen bei der SP Schweiz gemeldet. So unterschiedlich die Reaktionen sind – sie zeigen deutlich auf, dass Handlungsbedarf besteht.

In einer Startphase wird nun mit zwanzig bis dreissig Sektionen ein Coaching durchgeführt. Am ersten Treffen steht die Analyse der jeweiligen Sektion und der Gemeinde im Vordergrund: Wie hoch ist der Anteil der Wählerinnen und Wähler? Wie viele Mitglieder hat die SP, wie viele Sympis? Wer davon ist aktiv? Wie sieht die Personalpolitik der lokalen Sektion aus? Gibt es potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger für die wichtigen Ämter der Gemeinde, aber auch Kandidierende für kantonale und nationale Wahlen? Welches sind die Chancen, die Risiken der SP in der Gemeinde? Basierend auf der Analyse werden 2 bis 5 für die Sektion passende, individuelle Massnahmen definiert, um die Sektionsarbeit und das Profil der lokalen SP längerfristig zu stärken. Insgesamt soll eine positive Dynamik ausgelöst werden, die sowohl die lokale SP stärkt und zukunftsfähig macht als auch eine progressive, linke Politik in der Gemeinde ermöglicht, die zu mehr Lebensqualität führt. Nach 6 bis 9 Monaten erfolgt eine Standortbestimmung, nach einem Jahr eine Auswertung und das Festlegen des weiteren Vorgehens.

Für die SP Schweiz ist es wichtig, in der Startphase des Sektionscoachings dabei zu sein, um durch den direkten Kontakt und die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Agglomerationssektionen die Situation in den Vororts- und Agglomerationsgemeinden besser kennenzulernen. Die Ergebnisse des Coachings fliessen zurück zur SP Schweiz; die Massnahmen werden in einer sogenannten Toolbox gesammelt und am Ende des Projekts allen Sektionen zugänglich gemacht.

Thema an der Delegiertenversammlung

Die Agglomeration ist auch Thema an der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober in Liestal. Einerseits wird Matthias Daum, Leiter des Schweizer Büros der «Zeit» und Co-Autor des Buchs «Daheim – Eine Reise durch die Agglomeration», ein Referat halten. Andererseits kann die Basis über zwei sich ergänzende Resolutionen befinden, welche die Agglomerationen mithilfe einer umfassenden Raum- und Siedlungspolitik respektive einer Stärkung der Demokratie und der Institutionen zu lebendigen und attraktiven Lebensräumen machen wollen.

Die Unterlagen zur Delegiertenversammlung können unter www.spschweiz.ch/dv heruntergeladen werden.

GENOSSEN

Hannah Locher
Praktikantin
Kampagnen&Kommunikation
SP Schweiz



Die Sicht der Opfer

Die Wanderausstellung zu Ehren des 150-jährigen Bestehens des IKRK macht Halt im Landesmuseum in Zürich. Die Fotografien von Jean Mohr lassen den Betrachter einen differenzierten Blick auf die Auswirkungen von Kriegen werfen.

Das Internationale Rote Kreuz feiert dieses Jahr seinen 150. Geburtstag. 150 Jahre humanitäre Hilfe und Engagement für die Opfer von Konflikten und Kriegen auf der ganzen Welt. Anlässlich dieses runden Geburtstags hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten zusammen mit dem Musée de l'Elysée eine Wanderausstellung initiiert und den renommierten Schweizer Fotografen Jean Mohr mit ins Boot geholt.

Die Ausstellung «Krieg aus der Sicht der Opfer» widmet sich den Opfern von Konflikten, den Flüchtlingen und Gemeinschaften, welche noch immer durch den Krieg bedroht

sind. Das Thema wird anhand von Schwarz-Weiss-Fotografien von Jean Mohr illustriert, welche er in verschiedenen Flüchtlingslagern und Kriegsgebieten aufgenommen hat. Die Fotos zeigen Flüchtlinge und die Umstände, in denen sie leben, aus verschiedenen Perspektiven: spielende Kinder, Jugendliche, die in provisorisch eingerichteten Schulen ihre Ausbildung fortsetzen, wartende Mütter mit ihren hungrigen Kindern. Die Fotos sind eindrucksvoll und stimmen nachdenklich. Insbesondere die Porträts ziehen den Betrachter in ihren Bann und lösen unterschiedliche Gefühle aus. Zwei lachende Kinder in Jerusalem wecken Hoffnung, während die ältere griechische Frau mit ihrem schmerzvollen Blick Trauer auslöst und eine Mutter mit ihrem frisch geborenen Baby einen zuversichtlich stimmt. Die Abbildungen sind gefühlsstark, doch durch Mohrs zurückhaltenden und nüchternen Stil haben die Fotos nichts Moralisierendes.

Die Fotos sind vor zwanzig bis vierzig Jahren entstanden, doch sie besitzen heute noch die genau gleiche Aktualität – die Situation der Flüchtlinge hat sich kaum verändert. Die Ausstellung führt die Ausweglosigkeit und die zeitliche Dimension der weltweiten Konflikte deutlich vor Augen, doch zeigt sie auch auf, in welchem Masse Organisationen wie das IKRK und Beiträge wie die von Jean Mohr wichtige humanitäre Hilfe und Aufklärungsarbeit leisten.



Krieg aus der Sicht der Opfer
Photographien von Jean Mohr
23.8.–26.10.2014
Landesmuseum Zürich
Eintritt frei

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an links@spschweiz.ch

ROTSTICH

Peppige Denunzianten

Die Jungspunde der SVP tun sich mal wieder mit einer grossartigen Idee hervor: Mit einer interaktiven Plattform – wow! – sagen sie der «einseitigen politischen Beeinflussung an Schweizer Schulen den Kampf an» und bieten verzweifelten SchülerInnen «Hilfestellungen, um sich gegen politisch gefärbte Indoktrination zu wehren». Viele, viele bunte Lehrer: braune, grüne und gelbe – nur keine roten, die sind verboten. Deshalb kann man die jetzt mittels Online-Formular melden. Sinnigerweise publiziert die JSVP nur Meldungen von Leuten, die sie «persönlich» kennt. Hurra, das gute alte Denunziantentum ist zurück!

Der Jungpartei würden, so ist im Communiqué zu lesen, erschütternde Zeugenberichte von «kommunistischen Gräueltaten» (!) vorliegen. So soll ein Lehrer einmal einen roten Pulli getragen und während des Unterrichts leise «Bella Ciao» gesummt haben. Manchenorts wurde gar verlangt, dass die Schülerinnen und Schüler Französisch lernen. Französisch! Ausgerechnet die Sprache derjenigen Leute, die mit Einheitskassen und anderem sozialistischem Teufelszeug sympathisieren. Pfu! Zum Glück unternimmt da endlich jemand etwas.

Im dazugehörigen Blog wird das Ganze «peppig und frech» kommentiert. Die Webseite bietet aber auch «alternatives Wissen» über Themengebiete, die «in gängigen Lehrbüchern aus Sicht der JSVP ideologisch und einseitig geschildert» werden, wobei hier die Betonung eindeutig auf «aus Sicht der JSVP» liegt. Konservatismus – so die Message der Jungen SVP – kann eben auch verdammt «cool» sein. Deshalb will die Junge SVP den Schülerinnen und Schülern die Schweizer Geschichte und längst vergangene Zeiten wieder näherbringen. Zum Beispiel jene dunklen Zeiten, als «peppig» und «frech» noch «cool» waren.

Stefan Krattiger

Jonas Zürcher



Gutes oder schlechtes Risiko?

Letzten Samstag kam es in Bern zum Schulterschluss der Generationen: Erstmals haben die JUSO und die SP60+ eine gemeinsame Strassenaktion durchgeführt. Verkleidet als «gute» und «schlechte» Risiken rührten sie kräftig die Werbetrommel für die öffentliche Krankenkasse und machten auf das Problem der Risikoselektion aufmerksam.

Heute veranstalten 61 Kassen einen teuren Pseudo-Wettbewerb: Weil mit der Grundversicherung alle dieselben Leistungen anbieten, läuft der Wettbewerb ausschliesslich über die Risikoselektion. Pro Jahr verschleudern die Kassen 225 Millionen Werbe-Franken, um sich Junge und Gesunde abzufragen. Weitere 100 Millionen verschlingen die alljährlichen Kassenwechsel der Versicherten. «Dabei sind der zeitraubende Papierkram, das mühsame Vergleichen und der Ärger über lästige Werbeanrufe noch nicht einmal eingerechnet», sagt JUSO-Präsident Fabian Molina.

Während die Bündnerin für die Kassen eine gute Partie darstellt, stehen Co-Präsidentin Marianne de Mestral und ihre Genossinnen und Genossen von der SP60+ bei den Versicherungen weniger hoch im Kurs: «Ältere Menschen

werden mit fiesen Schikanen, unfairen Tricks und teureren Prämien abgewimmelt, da sind die Kassen sehr kreativ.» Logisch, habe heute doch keine Krankenkasse wirklich ein Interesse daran, ihre Versicherten optimal zu betreuen. Schliesslich würde sie das für schwer und chronisch Kranke attraktiv machen. Etwas, das keine Kasse will.

Die erste SRG-Umfrage kommt denn auch zum Schluss, dass die Risikoselektion – eigentlich verboten, aber trotzdem Realität – von drei Vierteln der Befragten als problematisch angesehen wird. Neuerdings kontern die Gegner mit der Behauptung, dass die Jagd auf junge und gesunde Männer längst passé sei. Die neusten Verfeinerungen des Risikoausgleichs – eine Art regulatorisches Korsett, das künstlich so etwas wie Wettbewerb erzeugt – hätten dazu

geführt, dass diese für die Krankenkassen unattraktiv geworden seien, weil die Kassen für sie hohe Ausgleichszahlungen leisten müssen.

Das ist freilich eine Finte der Gegnerschaft. Denn mit «Rumschraubeln» am Risikoausgleich wird das Problem der Risikoselektion nicht gelöst, sondern nur verschoben: Neu bekommen die Krankenkassen hohe Ausgleichszahlungen für Frauen ab 55, die im Vorjahr mindestens drei Nächte im Spital verbracht haben. Sie sind die neuen «guten Risiken». Letztlich kann man den Risikoausgleich verfeinern bis zum Gehnichts mehr – irgendwer ist immer das «gute Risiko». Abhilfe schafft nur die öffentliche Krankenkasse.

Stefan Krattiger
Kampagnenleiter der SP Schweiz

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Noch freie Plätze für Weiterbildungen in diesem Jahr

Doppelte Buchhaltung:

Aufbaukurs D1.8.1424

27.–28.10.; Hotel Freienhof, Thun
Erweiterung der Kenntnisse in der doppelten Buchhaltung
Referentinnen: Karin Baumann (Unia), Anna-Barbara Kappeler (Fachmitarbeiterin Treuhand)

Einführung in das Arbeitszeit-

gesetz – asa D2.2.1403

30.10.; Hotel Cascada, Luzern
Arbeitszeitgesetz (AZG) und zugehörige Verordnung (AZGV)
Referenten: Martin Allemann (SEV), Stefan Giger (vpod)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1428

19.–21.11.; Hotel Freienhof, Thun
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation,

Anlageorganisation BVV, Risiken, Deckungsgrad, internes Kontrollsystem, Strukturreform
Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif: Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 38355 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Livia Diem (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Petar Marjanovic (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Gitschenstrasse 4, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8.9.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 3.11.

AGENDA 2014/15

24. Oktober

Koordinationskonferenz
Liestal

25. Oktober

Delegiertenversammlung
Liestal

13. Februar 2015

Koordinationskonferenz
Martigny

14. Februar

**Ausserordentlicher
Wahlparteitag**
Martigny

24. April

Koordinationskonferenz
Ort noch nicht bekannt

25. April

Delegiertenversammlung
Ort noch nicht bekannt

CARTE BLANCHE



Oliver Classen
EvB-Mediensprecher
und Co-Autor des
Rohstoffbuchs

Transparenz ist auch ein Rohstoff

Die Erklärung von Bern regiert die Schweiz mit. Und zwar zu einem stolzen Zweihundertstel. Zu diesem Schluss kommt, wer das eben erschienene Buch zur politischen Fangfrage «Wer regiert die Schweiz?» auszählt. Eine der 200 Seiten ist nämlich der EvB-Rohstoffkampagne gewidmet. «Die NGO schaffte es, mit ihrem Buch in der Öffentlichkeit und im Bundeshaus the next big thing aufs Tapet zu bringen.» Klar ist es erfreulich, dass unsere Aufklärungsarbeit mediale und parlamentarische Früchte getragen hat, noch dazu so schnell und so viele. Nur: Die Schaffung eines kollektiven Problembewusstseins ist das eine, die Formulierung und Durchsetzung konkreter Lösungen etwas ganz anderes. Regieren eben.

Die Zivilgesellschaft zeigt und fordert, unsere Regierung aber zaudert und verwedelt. Progressive ParlamentarierInnen machen Druck, der Bundesrat drückt sich. Sein «Grundlagenbericht Rohstoffe» vom März 2013 mündet zwar in 17 vollmundige Empfehlungen, auf verbindliche Regeln für ihren weltweit führenden Handelsplatz wartet die Schweiz aber vergeblich. Es war also höchste Zeit für den nächsten EvB-Streich. Drei Jahre nach «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz», einer Art Problem-Portfolio der Boombranche, präsentierten wir am 1. September mit der Rohstoffmarktaufsicht Schweiz, kurz ROHMA, nun einen ebenso umfassenden und detaillierten Lösungsvorschlag.

Vom massiven Medienecho, den die optisch bewusst an die FINMA angelehnte Website auslöste, wurden wir fast ebenso überrascht wie von der Zustimmung, auf die unser nicht unbescheidenes Anliegen stiess. Eine Newsnet-Umfrage mit über 1000 TeilnehmerInnen etwa zeigte, dass 71 Prozent davon eine solche Aufsichtsbehörde wollen. Besonders hübsch fanden wir die Frontseiten-Karikatur des «Tages-Anzeigers», wo ein EvB-Bulldozer ins Sitzungszimmer einer Rohstoff-Firma rollt. Kommentar des Fahrers: «Sorry für die Störung! Aber wir fördern auch einen wichtigen Rohstoff: Transparenz.»

Hoffentlich dringt das kecke Baustellenfahrzeug bald auch ins Bundesratszimmer vor. Denn dort wird regiert. Und bislang immer noch negiert, dass neben den Förder- auch die (in der Schweiz dominanten) Handelsfirmen all ihre Zahlungen an Regierungen offenlegen müssen. Aber wir bleiben dran!



” Ich kümmere mich lieber um meine Patientinnen und Patienten als um Papierkram.

Ja

**zur öffentlichen
Krankenkasse**